

Der Ausschluß von Aktionären aus der Aktiengesellschaft

von

Dr. Armin Reinisch



Verlag Dr. Otto Schmidt KG · Köln

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einleitung	1
I. Problementwicklung.....	1
II. Gang der Darstellung	3
1. Kapitel: Die Systematik der Ausschließungstatbestände	5
I. Ausgangspunkt: Rechtsvergleichende Betrachtung.....	5
II. Das amerikanische Recht.....	6
1. Partnership	6
2. Corporation	7
a) Deadlock.....	7
b) Freeze-out.....	8
c) Going private.....	10
III. Das deutsche Recht	13
1. Die unmittelbare Ausschließung	13
2. Die mittelbare Ausschließung	14
2. Kapitel: Die gesetzlichen Ausschließungstatbestände	17
A. Das Kaduzierungsverfahren (§ 64 AktG)	17
I. Voraussetzungen	17
II. Rechtsfolgen	18
III. Die Bedeutung von Kaduzierungsverfahren	19
B. Die Einziehung von Aktien (§ 237 AktG)	20
I. Zweck und Anwendungsbereich	20
II. Sachliche Rechtfertigung der Zwangseinziehung.....	23
III. Verfahren und Bedeutung	24
C. Die Eingliederung durch Mehrheitsbeschluß (§ 320 AktG)	25
I. § 320 Abs. 4 Satz 1 AktG als Ausschließungstatbestand?	25

II. Materielle Beschlußkontrolle bei der Eingliederung durch Mehrheitsbeschluß?	27
3. Kapitel: Satzungsmäßige Ausschließungsregelungen	28
I. Problementwicklung	28
II. Die Zulässigkeit der Aktienentziehung	29
1. § 23 Abs. 5 AktG	29
2. Abschließende Regelung der satzungsmäßigen Ausschließungstatbestände durch § 237 AktG?	30
III. Der Ausschließungsgrund	32
4. Kapitel: Die Ausschließung aus wichtigem Grund	35
A. Die dogmatischen Grundlagen	35
I. Der allgemeine Grundsatz der Lösbarkeit von Dauerrechtsverhältnissen aus wichtigem Grund	35
II. Die gesellschaftliche Treuepflicht	39
III. Systematische Bedenken	40
1. Unzulässigkeit der Ausschließung von Aktionären aus wichtigem Grund infolge der aktienrechtlichen Kapitalbindungsvorschriften?	40
2. Fungibilität der Aktie	41
IV. Zusammenfassung	41
B. Der wichtige Grund	42
I. Grundlagen	42
1. Der Begriff des wichtigen Ausschließungsgrundes	42
2. Methodische Ansätze zur Konkretisierung des unbestimmten Rechtsbegriffs "wichtiger Grund"	44
a) Begriffskern und Begriffshof	44
b) Auslegung	45
c) Fallgruppenbildung	45
d) Interessenabwägung	47
II. Die Konkretisierung des wichtigen Ausschließungsgrundes durch Interessenabwägung	48
1. Die bei der Gesellschafterausschließung betroffenen Interessen	48
a) Berücksichtigungsfähige Interessen	48
b) Sonstige Interessen	48
2. Die Bewertung der betroffenen schutzwürdigen Interessen	51
a) Die Aufgaben der Bewertung	51
b) Die Bewertungsfaktoren im einzelnen	52
c) Der Gesellschaftszweck als wichtigster Bewertungsfaktor	53

III. Die mitgliedschaftlichen Pflichten der Aktionäre	55
1. Die Einlagepflicht	55
2. Nebenverpflichtungen	56
3. Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	58
a) Entwicklung	58
b) Allgemeine Ansätze zur Konkretisierung des Inhalts der gesellschaftlichen Treuepflicht	59
aa) Personengesellschaften	60
bb) Kapitalgesellschaften	62
c) Der Rechtsmißbrauch als Ausübungsschranke bei den aktienrechtlichen Mitgliedschaftsrechten	64
aa) Das Anfechtungsrecht	65
bb) Das Auskunftsrecht	68
cc) Das Stimmrecht	68
d) Die Kompetenzen der Hauptversammlung in Geschäftsführungsangelegenheiten	70
aa) § 119 Abs. 2 AktG als dogmatischer Ansatz?	70
bb) Die Zuständigkeit der Hauptversammlung im Bereich von Strukturentscheidungen	71
cc) Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen?	72
dd) Voraussetzungen für Hauptversammlungskompetenzen im Rahmen der Konzernbildung	74
ee) Ausschliefung als Mittel der Konzernbildungskontrolle?	75
ff) Hauptversammlungskompetenzen bei der Konzernleitung	76
gg) Die gesetzlichen Kompetenzen der Hauptversammlung	78
hh) Der Maßstab für Pflichtbindungen der Aktionäre bei der Stimmrechtsausübung	79
e) Faktische Einflußnahme auf die Geschäftsführung	81
f) Die personalistische Aktiengesellschaft als Sonderfall?	84
4. Mitteilungspflichten (§§ 20, 21, 328 Abs. 3 AktG)	85
a) § 20 Abs. 7 AktG als Ausschußtatbestand und Zweckförderungscharakter der Mitteilungspflichten?	85
b) Mitteilungspflichten und gesellschaftliche Treuepflicht	87
5. Bestandsaufnahme: Mögliche Fallgruppen des wichtigen Ausschliefungsgrundes	87
IV. Allgemeine Faktoren der Interessenbewertung	88
1. Umstände in der Person des Auszuschliefenden	88
a) Allgemeines	88
b) Umstände in der Person Dritter, die dem auszuschliefenden Gesellschafter zuzurechnen sind	89
aa) Treuhandverhältnisse	89
bb) Vertretungsfälle	91
2. Die Zumutbarkeit	92
a) Anknüpfungspunkte	92
b) Die inhaltliche Konkretisierung	93
3. Das ultima-ratio-Prinzip	94
a) Die Grundlagen	94
b) Ultima-ratio-Grundsatz und gesellschaftliche Treuepflicht	95

c) Die Konkretisierung des ultima-ratio-Prinzips durch Interessen- abwägung	97
aa) Formeller und materieller Gehalt des ultima-ratio-Prinzips	97
bb) Die Geeignetheit der Ausschließung	98
cc) Die Erforderlichkeit der Ausschließung	100
d) Zusammenfassung	102
V. Die Interessenabwägung	103
1. Präferenzregeln als Ansatz zur Durchführung der Interessenabwägung? 103	
a) Intensität und Stärke der betroffenen Interessen	104
b) Das Zeitmoment	105
c) Interessenhäufung	106
d) Die Folgenberücksichtigung	106
2. Konfliktlösung bei fehlender oder nicht feststellbarer Präferenz eines abzuwägenden Interesses	107
5. Kapitel: Das Ausschließungsverfahren	109
<i>A. Die Durchführung der Ausschließung</i>	<i>109</i>
I. Die Willensbildung in der Gesellschaft	109
1. Zuständigkeit der Hauptversammlung	109
2. Mehrheitserfordernisse	111
3. Übertragung der Ausschließungsentscheidung auf andere Organe durch die Satzung?	113
II. Das gerichtliche Ausschließungsverfahren	113
1. Der Grundsatz	113
2. Die Ausnahmen	115
a) Die Zulässigkeit von Satzungsregelungen, nach denen die Ausschließung ohne gerichtliches Verfahren erfolgt	115
b) Schiedsgerichtliches Verfahren, einstweiliger Rechtsschutz	117
<i>B. Das Schicksal der Aktien des ausgeschlossenen Gesellschafters</i>	<i>118</i>
I. Einziehung durch bedingten Hauptversammlungsbeschuß?	118
II. Erwerb der Aktien durch die anderen Aktionäre, durch Dritte oder durch die Gesellschaft selbst	119
III. Der Erwerb durch die Gesellschaft selbst	120
1. Das Problem	120
2. Die Aktionärs-eigenschaft des ausgeschlossenen Gesellschafters als Voraussetzung für die Anwendung der Kapitalbindungsvorschriften	121
a) Personengesellschaften und eingetragene Genossenschaft	121
b) GmbH, Aktiengesellschaft	121
3. Grundsätzliche Bedenken gegen die Anwendung der Kapital- bindungsvorschriften bei der Abfindung?	122
a) Systematische Auslegung	122
b) Teleologische Auslegung	124

4. Ausnahme vom Verbot der Einlagenrückgewähr?	126
a) Erwerb eigener Aktien (§ 71 Abs. 1 Nr. 1 AktG)	126
b) Schutz des Abfindungsinteresses des ausgeschlossenen Gesellschafters beim unzulässigen Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft	128
6. Kapitel: Die mittelbare Gesellschafterausschließung	131
I. Das Problem: Schutz der Mitgliedschaft bei Umstrukturierung des Unternehmens	131
1. Formen der Umstrukturierung	131
2. Die Gesellschaftsauflösung als Sonderfall	133
II. Der Schutz der Minderheitsgesellschafter bei der Gesellschaftsauflösung ..	134
1. Analogie zum Umwandlungsrecht?	134
2. Sachliche Rechtfertigung des Ausschließungsbeschlusses?	136
3. Mißbrauchskontrolle?	137
4. Die gesellschaftliche Treuepflicht	137
III. Die Konkretisierung der Treuepflicht bei der Gesellschaftsauflösung	138
1. Das amerikanische Recht	139
2. Das deutsche Recht	142
a) Auskunftsverweigerung als Indiz für die Verletzung der gesellschaftlichen Treuepflicht?	142
b) Konkretisierung der gesellschaftlichen Treuepflicht im Rahmen des Abwicklungsrechts	144
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	147
Literaturverzeichnis	153
Stichwortverzeichnis	171